

**Erziehungs-
an allen Verlagen.
Bezugspreis**

in der Heimatstelle 250.—
in den Ausgabestellen 280.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt 275.—
aus Ausland 30 deutsche Mark.

Verlagspreis: 4246, 2378.
8110, 3249.

Bestellkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis
f. d. Grundstiftung in
Anzeigenpreis innerhalb
Polens 120.—
Reklameteil 40.—
für Anzeigen aus
Deutschland 3.50 M
in Reklameteil 10.—
in deutscher Wirt.

Telegraphische
Anzeigenpreis.

Osekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 20/248 in Poznań

Bei böscher Gewalt, Betriebsstörungen, Arbeitsunterbrechung oder Ausbreitung hat der Bezugsnehmer seinen Anspruch auf Rückzahlung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Okazisten.

Am letzten Sonabend fand im Vortragsaal der Posener Universitätsbibliothek die Gründungsversammlung einer Organisation statt, die sich mit ihrem vollen Namen Towarzystwo Obrony Kresów Zachodnich nennt — zu deutsch: „Verein zum Schutze der Westmarken“ — und die in der polnischen Presse jetzt schon der Kürze halber mit den Anfangsbuchstaben O. K. Z. bezeichnet wird.

Über den Verlauf der Gründungsversammlung ist in polnischen Blättern zu lesen: Den Vorsitz führte Herr Dr. Kozicki. Herr Korzeniowski hielt einen Vortrag über die Aufgaben des Vereins. Er sprach von der Westgrenze Polens, von den nationalen Minderheiten, von der Option, vom Deutschentum, von Oberösterreich und von Pommern. Den Charakter und den Zweck des neuen Vereins kennzeichnete er mit den Worten: „Wir müssen wiedererlangen, was uns zusteht, wir müssen unseren Besitzstand verteidigen, wir müssen die Absichten und Unternehmungen der Feinde unserer Staatlichkeit überwachen.“

Was die Organisation des Vereins betrifft, so verspricht er, wie die polnische Presse berichtet, in Kreisgruppen, deren Mitglieder zusammen mit den Vertretern der lokalen Organisationen, kulturellen Vereinigungen, wirtschaftlicher Verbände und Berufsverbände Kreise bilden, die drei Ausschüsse haben, einen politisch-organisatorischen Ausschuss, einen Ausschuss für Kultur und Bildung und einen Wirtschaftsausschuss. Die Kreise entsenden ihre Delegierten zu den Bezirksversammlungen für die Wojewodschaften Posen und Pommern und für Oberösterreich sowie zu den Landesversammlungen für die ehemals kongreßpolnischen und kleinpolnischen Bezirke. Jede der Bezirksversammlungen entsendet fünf Delegierte in den Hauptvorstand: er setzt sich aus 25 Mitgliedern zusammen, die unter sich einen fünfköpfigen engeren Ausschuss wählen.

In der Versammlung am Sonabend wurden die ersten Wahlen vorgenommen. Zu der Bezirksversammlung wurden gewählt: Vizepräsident Dr. Niedacz, Dr. Kozicki und Pfarrer Bocian; in die Kreise: der frühere Polizeikommissar Barwicki, Pfarrer Bocian, Dr. Dzierżyński, Frau Dr. Dobrzańska-Rybińska, Herr Jędrzejewski, Frau Dr. Kapuścińska, Redakteur Dr. Kozicki („Kurjer Poznański“), Herr Mazurkiewicz, Redakteur Powiński („Dziennik“), Pfarrer Prądnicki, die Lehrerin und Sekundaroberlehrerin Sokolnicka, Frau Stark, der Raderkubvorsteher Stiller, der Uhrmacher Szulc und Herr Wiczorek.

Der polnische Westmarkenverein ist geboren. Der Okazismus ist erklungen, der Okazismus tritt ins Leben. Von dem, was die polnische Presse ihm zum Gruß zu sagen hat, mag nur ein Beispiel angeführt werden. Der „Posen“ schreibt am Schluß seines Berichtes über die Gründungsversammlung (Nr. 38; 14. Februar 1922): „Es ist zu erwarten, daß es nicht einen Kreis geben wird, in dem nicht eine Gruppe des Vereins O. K. Z. entsteht und energische Arbeit zur Entdeutschung unserer Grenzmarken und zur Vertiefung des Polentums im Lande leistet. nicht nur diesseits, sondern auch jenseits der Grenze, wo mehr als eine Million unserer Landsleute nach wie vor dem preussischen Terror und der Germanisation ausgesetzt ist.“

Der Okazismus an der Arbeit.

Die „Posen“ (Freie Presse) veröffentlicht in ihrer Nr. 37 (14. Februar 1922)

drei Dokumente

folgenden Wortlauts:

An das
Ministerium für Kultus und Volksaufklärung.
Der Bund der Deutschen Polens.
Nr. 1458.

Posen, den 8. Februar 1922.

Auf Grund des § 2 der Statuten unseres Bundes fühlen wir uns verpflichtet, uns an das Ministerium mit der Bitte um glückliche Aufklärung des Schulinspektors und der Kommunalbehörden in Dabie (Kreis Kolo) über die rechtswidrige Vergewaltigung von 20 evangelischen Schülern deutscher Nationalität zu wenden. Letztere besuchen das dortige Privatschulhaus und sollen gewonnen werden, den Religionsunterricht nicht in ihrer Muttersprache, d. h. der deutschen, sondern in der Landessprache, d. h. in der polnischen, zu genießen. Wie uns Herr Pastor Rutkowski aus Dabie mitteilt, befinden sich im erwähnten Schulhaus nicht mehr als zwei Schüler, die Polen evangelischer Konfession sind und denen er den Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt. 20 deutsche Kinder, polnische Bürger, zu zwingen, gegen den Willen ihrer Eltern und ihres Seelsorgers den Religionsunterricht unbedingt entgegen zu nehmen mit den zwei oben erwähnten polnischen Kindern in polnischer Sprache zu lernen, ist ein verwerflicher Polonisierungsversuch, welcher deutlich die Richtlinien der Artikel 109 und 110 der Staatsverfassung der Republik Polen vergewaltigt. In der Hoffnung, daß das Ministerium, unerschütterlich den die Schule unserer nationalen und konfessionellen Minderheit verletzenden Ungerechtigkeiten ein Ende machen wird, fügen wir bei: 1. Besuche der Eltern der benachteiligten Kinder vom 22. Januar 1922. 2. Ein Schreiben des Magistrats von Dabie vom 18. Januar 1922, Nr. 172, in welchem dem einem dem Inhalte nach unbekanntem, in einer Sitzung des Schulverbandes am 17. Januar 1922 in Dabie gefassten Beschlusse die Rede ist.

Der Hauptvorstand unserer Vereinigung erlaubt sich das Ministerium daran zu erinnern, daß zur Zeit der Russenherrschaft die Schulbehörden nirgends sich das Recht anmaßten, den Schülern niederer, mittlerer und höherer Lehranstalten den Religionsunterricht in der Muttersprache zu verweigern. Es kam nicht vor, daß der Direktor des Warschauer Schulbezirks oder ein beliebiger Wojt, Bürgermeister oder auch ein Schulrat irgendwelcher Stadt

Vor der englischen Regierungstrife.

Paris, 16. Februar. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ kündigt das Ende der Koalitionsregierung in England an. Auch die „Westminster-Gazette“ stellt fest, daß Anzeichen vorhanden sind, die das Ende des Koalitionskabinetts verkünden. Die politische Lage hat sich in letzter Zeit in London so verändert, daß Balfour nach seiner Rückkehr aus Washington das englische Parlament, welches denselben Anblick darbietet, wie im Jahre 1905, wo Balfour die Niederlage seines eigenen Kabinetts, trotz scheinbarer Mehrheit erlitt, nicht wiedererkannte. Nach Ansicht des Korrespondenten der „Temps“ werden Lloyd George sowie Balfour aus der gegenwärtigen Lage ihre Konsequenzen ziehen. Die gegenwärtige Lage wird den Rücktritt Lloyd Georges zur Folge haben. Aus London wird weiter gemeldet, daß Balfour gestern eine längere Konferenz mit König Georg hatte. Es sind Gerüchte verbreitet, der so lange Besuch Balfours beim König stehe damit im Zusammenhang, daß dieser ihm die Bildung eines neuen Kabinetts anvertraut hat, obwohl man offiziell nur davon spricht, daß Balfour dem König einen um angereichen Bericht über die Konferenz in Washington gab.

London, 16. Februar. Bonar Law hat gestern in Glasgow eine Rede gehalten in der er u. a. Lord Grey in scharfen Worten angriff, weil er der Oppositionsgruppe Asquiths beigetreten sei. Ferner erklärte Bonar Law, daß die Vorteile, die England aus dem Weltkriege gezogen habe, ungenutzt geblieben seien, die in England größer sind als in Frankreich und anderen Ländern. Die englische Industrie bietet unter der schweren Last der Steuern einen ähnlichen Anblick dar wie die verwüsteten Gebiete Frankreichs. Es wird zwischen England und Frankreich so lange nicht zu freundschaftlichen Beziehungen kommen, bis man sich über diese Tatsachen in ihren ganzen Tragweite bewußt geworden ist.

Polnisch-ungarische Beziehungen.

Krokan 16. Februar. Auf Veranlassung der Rechtspartei hat der bekannte polnisch-ungarische Agitator Dwyeh einen Vortrag über die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Polen und Ungarn gehalten. Der Redner stellte die geschichtliche Entwicklung dieser Beziehungen von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart dar und stellte fest, daß die letzten Annäherungsversuche Ungarns an Polen nicht die Ergebnisse gezeigt haben, die sie eigentlich hätten haben müssen. Im Gegenstand dazu kann man in den letzten Monaten beobachten, daß diese Beziehungen kälter werden. Der Vortragende schloß seinen Vortrag, indem er auf die Notwendigkeit hinwies, daß die Annäherung beider Staaten in größerem Maße als bisher geschehen müsse; er zweifelte nicht, daß sie den durch die Geschichte bezeichneten Weg gehen werden. Der Vortrag Dwyehs wurde vom Publikum mit Beifall aufgenommen.

Polen auf der Konferenz der Nachfolgestaaten.

Rom 16. Februar. Am Mittwoch nachmittag um 4 Uhr wurde erneut die Konferenz der Nachfolgestaaten eröffnet. Auf der Konferenz werden alle Nachfolgestaaten, außer Jugoslawien, teilnehmen. Polen wird durch die Herren Poret, Smolka und Babinski vertreten sein. Eröffnet wurde die Sitzung durch den Vertreter Italiens Ricci. An der Ausprache nahmen teil die Vertreter Ungarns, Rumaniens und Herr Poret im Namen Polens. Die eigentlichen Arbeiten der Konferenz in den Ausschüssen werden am Freitag beginnen, weil die Sachverständigen verschiedener Staaten mit Verspätung in Rom eintreffen werden.

der Provinz Kongreßpolens polnisch-katholische Geistliche und deren Schüler gezwungen hätten, den Unterricht nicht in polnischer, sondern in der zur Zeit üblichen Landessprache, d. h. in der russischen, auszuüben. Das Recht, evangelischen Religionsunterricht in der deutschen Sprache zu erteilen, wurde niemals von der russischen Regierung angelehnt. Wir werden glücklich sein, wenn wir vom Ministerium auf dieses unser Gesetz die amtliche Versicherung erhalten werden, daß die Handlungsweise der Behörden unseres unabhängigen Vaterlandes in bezug auf das Privatschulhaus in Dabie ausschließlich ein vorübergehendes Mißverständnis ist, welches durch die Unwissenheit der niederen Instanzen entstanden ist.

Der Vorsitzende des Bundes, Dr. v. Behrens,
Der Schriftführer, A. Weigelt.

Abdruck.

Magistrat der Stadt Dabie.

Dabie, 18. Januar 1922.

An den Herrn

Gymnasialdirektor

in Dabie.

Der Magistrat der Stadt Dabie erinnert Sie an den auf der Sitzung des Schulvormundschaftsrates vom 17. Dezember 1921 gefassten Beschluß, den Herr Pastor Rutkowski geleiteten Religionsunterricht in deutscher Sprache einzustellen. Bei Zuwiderhandlung gegen diese Bestimmung wird der Magistrat von dem ihm zustehenden Recht Gebrauch machen.

(Unterzeichnet): Der Bürgermeister,
Jalewski.

Abdruck.

An die

Stadtverordnetenversammlung

zu Dabie.

Wir unterzeichnen Eltern und Vormünder derjenigen evangelischen Kinder, welche das Gymnasium in Dabie besuchen, haben es in Erfahrung gebracht, daß der evangelische Religionsunterricht, welcher bisher in deutscher Sprache erteilt wurde, infolge einer Magistratsverordnung aufgehoben worden ist, und zwar bis zur endgültigen Entscheidung über die einzuführende Unterrichtssprache seitens der höheren Behörden.

Wir alle erlauben uns daher, uns an die Stadtverordnetenversammlung mit der ganz ergebensten Bitte zu wenden, die oben erwähnte Magistratsverordnung für ungültig zu erklären und die Wiedereinführung des Religionsunterrichts in deutscher, als in unserer Muttersprache, zu gestatten, widrigenfalls wir gezwungen sein würden, unsere Kinder aus dem Gymnasium herauszunehmen;

Italien gegen die Verschiebung der Konferenz von Genua.

Rom, 16. Februar. (Telunion.) An maßgebender Stelle wird versichert, die italienische Regierung dürfe durchaus nicht daran, das für die Konferenz von Genua festgesetzte Datum zu verschieben. Hierzu wäre eine Vereinbarung unter den Mächten notwendig, die die Konferenz gemeinsam einberufen haben. Bisher hat aber Italien von seiner Seite eine derartige Anregung erhalten. Geringfügig hat die italienische Regierung die Regierungen der verbündeten Mächte dringend gebeten, die Zusammenkunft der Schatzminister, die die letzten Vorschläge Deutschlands in der Reparationsfrage beraten, bis nach dem Ausgange seiner Parlamentaristrie zu verschieben.

Die Pariser „Chicago Tribune“ bringt aus einer zuverlässigen Quelle die Nachricht, daß die Konferenz von Genua wahrscheinlich bis frühestens Mai verschoben werden wird und daß mit Rücksicht auf die „vorgedrückte Jahreszeit“ in diesem Fall nicht Genua, sondern Rom, Mailand oder Verona als Konferenzort in Frage kämen, wenn nicht gar ein Städtchen am Comer- oder Gardasee.

Belgien und die Sachverständigen-Konferenz.

Brüssel, 16. Februar. (Telunion.) Auf Aufforderung Englands wird die belgische Regierung an den Beratungen teilnehmen, die zwischen den englischen, französischen und italienischen Sachverständigen für die Vorbereitung der Genuakonferenz stattfinden sollen.

Ukrussische Konferenz für Genua.

Moskau, 16. Februar. Die Moskauer Regierung berief eine allrussische Konferenz ein, die einen Vertrag zur Vereinheitlichung der Außenpolitik der Föderativrepublik und zur Sicherung der russischen Interessen auf der Genuakonferenz ausarbeiten soll.

Ermordung des finnischen Ministers Ritavuori.

Helsingfors, 16. Februar. Der Minister des Innern Ritavuori wurde am Dienstag nachmittag um 1/2 Uhr von dem Kaufmann Antti Tenda bei dem Eingang zu seiner Wohnung erschossen. Der Mörder verlegte sich beim ersten Schuß am Bein. Mit den zwei weiteren Schüssen tötete er den Minister. Dieser suchte die Sozialisten durch Beteiligungen und Kompromisse zu verführen und wurde deshalb von den bürgerlichen Parteien scharf angegriffen. Obgleich der Mörder ein unpolitischer Mann, geistig abnorm und schon einmal im Irrenhause war, dürfte die Mordtat politische Beziehungen entfesseln. Die Bevölkerung ist sehr erregt.

Verschärfung der Lage in Indien.

London, 16. Februar. „Daily Mail“ erhält die Nachricht aus Madras, die Lage in Indien habe eine solche Verschärfung erfahren, daß man alle Europäer bewaffnen und zum Polizeidienst heranziehen mußte.

London, 16. Februar. Im englischen Unterhaus erstattete der Minister für die Angelegenheiten Indiens Montagu Bericht über die Lage in Indien, welche er als sehr bedrohlich bezeichnete, als eine Lage, die Anlaß zu großen Besorgnissen gebe. Während der Aussprache beistimmte Lloyd George diese Erklärung, bemerkte aber, daß keine Ursachen zu einer Panik vorhanden seien. Der Ministerpräsident teilte darauf im Namen der Regierung mit, daß die souveränen Rechte der englischen Krone unter keiner Bedingung in Indien eine Beschränkung erfahren werden. Ohne die starke Hand Englands würde Indien in ein Chaos verfallen.

denn wir können uns nicht gleichgültig dazu verhalten, wenn unsere Kinder der religiösen Erziehung beraubt werden sollen. Um den Beweis zu liefern, wie vollkommen berechtigt wir zur Aufstellung dieser unserer Forderung sind, erlauben wir uns der Stadtverordnetenversammlung unsere Ansicht über diese Angelegenheit darzulegen: Der Religionsunterricht, dessen grundlegender Gedanke das Verhältnis des Menschen zu Gott ist, müßte den Kindern ausschließlich in der Sprache zugänglich gemacht werden, in welcher diese beten, d. h. in der Muttersprache. Nur wenn diese grundlegende Bedingung erfüllt ist, ist der Religionsunterricht am besten imstande, Herz und Gewissen zu beeinflussen. Sogar zu den Zeiten des russischen Selbstherrschers wurden die Schulkinder nicht gezwungen, ihre Religion in einer anderen als ihrer Muttersprache zu lernen; in den Volks- und Mittelschulen wurde ihnen der Religionsunterricht immer nur in der Muttersprache gegeben. Wir wollen den Herren Stadtverordneten ein polnisches Sprichwort vorlegen: „Nie czyja drugiemu tezo, co tobie nie mile.“ (Wünsche und tue Deinem Nächsten nichts an, was Dir selber Schaden bringen könnte), welches auf der Lehre Christi „alles, was ihr euch wünschet, daß man euch tue, tut selber, denn so lautet das Gesetz und verbleiben die Propheten“ fußt. Würde es Ihnen lieb sein, wenn man anderswo Ihnen gegenüber das selbe anwenden würde, was Sie in bezug auf uns anwenden? Ist nicht diese Überführung und voreilige Handlungsweise von Ihrer Seite aus der beste Beweis einer keineswegs guten Gesinnung und gegenüber, zumal Sie doch nicht einmal den Beschluß der entscheidenden höheren Behörden, an welche Sie sich ja selber mit einer Eingabe gewandt haben, abzuwarten wollten, um so mehr da Ihnen ja weiterhin keine irgendwelche Verantwortung oder vielleicht Strafe gedroht haben würde. Müßte nicht unser heftigster Wunsch und Verlangen sein, gemeinsam und Hand in Hand für das Wohl unseres Vaterlandes zu arbeiten, alle nationalen und konfessionellen Unterschiede vollkommen beiseite zu lassen, indem wir uns ausschließlich nur mit der wahren Freiheit und Unantastbarkeit unserer angestammten Rechte aufrieden geben? Abschließend möchten wir noch die Aufmerksamkeit der Herren Stadtverordneten auf unsere Staatsverfassung lenken, welche den nationalen und konfessionellen Minderheiten gleiche Rechte in bezug auf die Erhaltung der bürgerlichen Eigenart und Sprachpflege verbürgt. Wenn die Herren derart feindselig gegen die deutsche Sprache gesinnt sind, so ist es für uns unverständlich, warum Sie vor allen Dingen nicht verlangen, daß Ihre Kinder im Gymnasium nicht deutsch lernen sollen, unseren Kindern dagegen und den Religionsunterricht, welcher doch nur einmal in der Woche und gerade in der deutschen Sprache erteilt wird, entziehen wollen.

Dabie, den 23. Januar 1922.

(Es folgen die Unterschriften.)

Der französisch-russische Vertrag.

Berlin, 16. Februar. (Tel.-An.) Nachrichten aus Paris zufolge ist es zu einer Verständigung zwischen der französischen Regierung und dem Delegierten der Sowjetregierung gekommen. Danach erkennt die russische Regierung alle Schulden gegenüber Frankreich an, und zwar sowohl die Kriegsschulden als auch die Vorkriegsschulden. Als Gegenleistung hierfür erkennt Frankreich die Sowjetregierung de jure an, und erteilt Russland weitgehende Hilfe am Wiederaufbau des Landes. Russland tritt ferner an Frankreich die Ausführung der russischen Rechte zur Wiedergutmachung ab, die ihr durch den Versailler Vertrag zuerkannt wurden. Hierfür wird Frankreich an Russland aus Deutschland Waren im Werte von 800 Millionen Franken in Gold liefern. Russland wäre also durch Gegenleistung für die Anerkennung der Schulden gegenüber Frankreich in der Höhe von 20 Milliarden in Gold instande, ohne Ausfuhr von Gold und Waren den Wiederaufbau des Landes durchzuführen.

Die Mitteilung der Tel.-Union über den zwischen Stobelew und Frankreich in Paris geschlossenen Vertrag, wonach Russland gegenüber Frankreich die Vorkriegs- und Kriegsschulden, Frankreich dagegen als Gegenleistung die Sowjetregierung de jure anerkennt und ihm weitgehende Hilfe im wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands erteilt, rief in deutschen Kreisen große Freude hervor. Falls ein solcher Vertrag Rechtskraft erhalten würde, wäre Deutschland verpflichtet, Russland reale Werte in der Höhe von 800 Millionen Goldfranken auf der Grundlage des Versailler Vertrages zu liefern. Dadurch wäre Russland instande, ohne Gold- oder Warenausfuhr seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau durchzuführen und zwar auf Kosten Deutschlands. Eine amtliche Bestätigung der Meldung liegt noch nicht vor. Abgesehen davon ist wohl anzunehmen, daß insbesondere England sich einem solchen Vertrag widersetzen würde, weil es eine solche Vorherrschaft Frankreichs auf dem Kontinent nicht dulden wird.

Der „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung von Sauerwein mit Krasin, der sagte, Sowjetrußland könne ohne Frankreich den Frieden nicht finden, den es herzustellen mit der gesamten Welt seit anderthalb Jahren bemüht sei. Krasin ist überzeugt, daß später, wenn die Schwierigkeiten politischer Art überwunden sind, Russland mit Frankreich die intimsten Beziehungen unterhalten wird. Die Russen ständen Frankreich näher als England.

Es ist allerdings anzufassen, daß in den letzten Wochen intimer Verbindungen zwischen Paris und Moskau sich anzuspinnen schienen. Schon die Äußerungen, die Krasin dem Vertreter des „Matin“, Sauerwein, gemacht, lassen die Tendenz erkennen, eine kontinental-europäische Wirtschaftspolitik zu beginnen, in der Frankreich eine führende Rolle angetragen wurde, in der Deutschland nicht ausgeschlossen werden sollte, und in der England ziemlich schroff als Gegenpartei behandelt wurde. Aber ungeachtet solcher Tendenz ist es höchst unwahrscheinlich und widerspricht der sonstigen, willkürlichen Konstruktionen abstoßenden Außenpolitik der Sowjetregierung, daß ein Vertrag, wie er oben bezeichnet wurde, besteht oder in Vorbereitung sein sollte. Die bisherigen amtlichen und halbamtlichen Äußerungen aus Moskau haben vielmehr gerade den Plan abgelehnt, aus Deutschland Reparationsleistungen auf dem Umweg über Frankreich für Russland auszubestellen.

Der „skeptische Temps“.

Der „Temps“ macht im Leitartikel allseits interessante Randbemerkungen zu den Erklärungen Krasins im heutigen „Matin“. Das Blatt bezeichnet als unverständlich, daß Krasin die Beziehungen zwischen Frankreich und Russland anders als durch Vermittelung Lord Curzons sehen möchte. Der „Temps“ stellt fest, daß die französische Regierung niemals durch Vermittelung von Lord Curzon mit Sowjetrußland verhandelt habe und fragt weiter, wie Krasin sich denn die Möglichkeit vorstelle, mit Frankreich zu verhandeln, ohne daß England etwas erfährt.

Das Blatt macht Krasin darauf aufmerksam, daß in London politischen Kreisen gedauert wird, Krasin sei leider nicht so geschickt genug, um wirklich Einfluß zu haben. Deshalb hege England den Wunsch, in Genue echte Volkswirtschaften mit größerem Einfluß zu treffen. Der „Temps“ meint, Krasin werde in Moskau vielleicht merken, daß die Engländer seine Lage richtig beurteilen. Er solle doch versuchen, dort festzustellen, weshalb Trotzki kürzlich empfohlen habe, sich nicht an die Volkswirtschaften in London oder Berlin zu wenden, falls man Geschäfte mit Russland machen wolle.

Das Blatt bezeichnet es als einen Vorteil, daß die Volkswirtschaften in Genue gezwungen sein werden, der Gesamtheit der europäischen Staaten gegenüberzutreten und ihre Politik der Sonderbehandlung nach dem Muster Abdul Hamids deshalb nicht fortsetzen könnten.

Berlin, 16. Februar. In Berliner Kreisen schreibt man Krasin die Rolle eines zweiten Wolzski zu, und anerkennt, daß es ihm gelungen sei, sogar interessierte deutsche Kreise zu überzeugen, deren Hoffnungen vollkommen enttäuscht wurden. Nach

Ausicht deutscher Kreise lassen sich die Folgen des französisch-russischen Vertrages noch nicht übersehen; man wirft Krasin auf Grund verschiedener Erklärungen gegenüber der Presse und Diplomatie der Willkür ruffischer Imperialismus vor und bemerkt, daß das gegenwärtige Russland die Politik der früheren Zaren befolge und nach Beherrschung Konstantinopels strebe. Hier werden die Erklärungen Sauerweins in Paris kommentiert, nach denen Frankreich Russland näher als England stehe.

Bonomis Erklärung.

Rom, 16. Februar. Auf der heutigen ersten Sitzung des Parlamentes nach der Vertagung erklärte der Ministerpräsident Bonomi, daß angesichts des Abtritts einer großen Partei der Mehrheit zur Opposition das Kabinett sich verpflichtet gefühlt habe zurückzutreten. Heute stellt sich das Kabinett aus neuen der Kammer vor, um ein klares und unzweideutiges Urteil zu hören. Bonomi gab einen Überblick über die Tätigkeit des Kabinetts, wobei er betonte, daß die öffentliche Ordnung sich in beachtenswerter Weise gebessert hätte. Ferner hob er hervor, daß im Finanzjahre 1920/21 ein Defizit von 11 Milliarden Lire zu verzeichnen war während der Fehlbetrag in diesem Jahr wahrscheinlich 5 Milliarden und im folgenden Jahre 3 Milliarden betragen wird. Dann zur Außenpolitik übergehend betonte der Ministerpräsident, daß Italien, das während des siegreichen Krieges mit den Westmächten verbündet und mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika befreundet war, weiterhin Mitglied des Verbandes der Großmächte bleiben wird, welche heute die Weltpolitik beherrschen. Weil Italien auf Grund seiner geographischen Lage seiner Interessen und Ideale von Friedensliebe durchdrungen ist, könnte und mußte es in die Verhandlungen der Großmächte zu deren Verband es gehört der Geist der Verbrüderung und Mäßigkeit tragen, welcher einzig und allein zum Wiederaufbau Europas und zur Sicherstellung des Friedens führen kann. In seinen weiteren Ausführungen stellte der Ministerpräsident die Tätigkeit dar, welche Italien in Paris in der obersten Instanz, in Washington in der Abklärung der Fragen und während der Beratungen über ein Memorandum an Deutschland, entwickelt hat. Daraus berichtete er, auf welcher Grundlage in Cannes der Gedanke einer Konferenz in Genue gefaßt wurde. Der Ministerpräsident sagte hinzu, daß Italien in Cannes neben Großbritannien gestanden hat, um den Gedanken der Einberufung einer Konferenz, auf der die Sieger, die Besiegten und die Neutralen und unter gewissen Bedingungen der kapitalistische Organismus mit dem bolschewistischen zusammenzutreffen sollten, zu unterstützen. Ferner gedachte Bonomi des Todes des Papstes Benedikt XV. und betonte, daß sich das Ansehen der Kirche in einem freien Staat frei entwickeln kann. Die Vertrauensfrage besprechend, hob der Ministerpräsident hervor, daß das Kabinett ein aufrichtiges, offenes und loyales Urteil erteilt. Wenn dieses Urteil ablehnend oder unklar sein sollte, würde das nicht nur das Bestehen des Kabinetts, sondern auch die wichtigsten Lebensinteressen Italiens antasten.

Aus den Baltenstaaten.

Lettisch als Amtssprache in Litauen anerkannt.

Riga, 16. Februar. Die lettische Sprache ist als Amtssprache in ganz Litauen anerkannt worden. Ein Antrag der Letgaler, welcher die Anerkennung der lettischen Mundart als Amtssprache in Letgalien forderte, wurde abgelehnt.

Keine Einfuhrzölle für lettische Waren nach Russland.

Berlin, 16. Februar. (Tel.-An.) Übereinstimmend mit dem Beschluß des 9. Sowjetkongresses hat nach einer Meldung des deutschen Handelsdienstes Russland die lettische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß von den nach Russland exportierten lettischen Waren keine Einfuhrzölle erhoben werden dürfen. Dieser Beschluß wird in der russischen Presse als außerordentlich wichtig betrachtet. Da Sowjetrußland bisher keinem anderen Staat ein derartiges gütliches Einverständnis gemacht hätte. Im Zusammenhang mit dieser Bestimmung Sowjetrußlands werden von der lettischen Regierung alle Vorkehrungen getroffen, um den unmittelbaren Eisenbahnverkehr zwischen Lettland und Russland möglichst schnell wieder herzustellen.

Lettland fordert von Deutschland eine Kriegsschadensentschädigung.

Riga, 16. Februar. (Tel.-An.) In einer besonderen Sitzung der lettischen Delegation wurde der Beschluß gefaßt, von Deutschland eine Entschädigung für das von Deutschland mitgenommene Kriegsmaterial und Privatgut zu fordern.

Der reichsdeutsche Besitz in Estland.

Berlin, 16. Februar. (Tel.-An.) Nach Pressemeldungen hat sich der estnische Außenminister über die Frage eines deutsch-estnischen Handelsvertrages ausgesprochen. Den Berliner zuständigen Stellen liegt ein eingehender Bericht darüber noch nicht vor. Doch kann schon heute gesagt werden, daß Deutschland durchaus bereit wäre einer estnischen Anregung zu Wirtschaftsbeziehungen zu entsprechen. Die deutsche Reichsregierung hat auf diplomatischem Wege Schritte unternommen, um die Frage des reichsdeutschen Besitzes in Estland einer beiderseitigen befriedigenden Regelung zuzuführen.

Die Mollage des Saargebietes vor dem bayerischen Landtag.

München, 16. Februar. (Tel.-An.) Im bayerischen Landtag wurden gestern nachmittag drei Interpellationen beraten, welche sich gegen die Französisierungs- und Loslösungsbestrebungen im Saargebiet und in der Saarpalz richteten. Die beiden Redner, die Abgeordneten Böhler (Dem.) und Stang (Bayerische Volkspartei) schilderten die Verhältnisse der Franzosen, um das Saargebiet allmählich politisch, wirtschaftlich und kulturell vom Deutschen Reich loszulösen. Das französische Durchdringungs- und Überwachungsstystem, die Einführung der Französisierung, die drohende Verwelschung der Schulen und das Streben nach einem eigenen Saarstaat wurden besonders gekennzeichnet. Die Redner erklärten, die Saarbevölkerung sei deutsch und wolle es auch bleiben. Aber sie müsse auch von allen deutschen Regierungen und Volksgenossen unterstützt werden. Heute vormittag wird der Ministerpräsident die Interpellationen beantworten.

Russland und das Wiederaufbausyndikat.

Berlin, 16. Februar. Entgegen anders lautenden Meldungen trat Krasin am Mittwoch in Berlin ein, wo er einige Tage zu bleiben gedenkt, um sich dann nach Moskau zu begeben. Aus Moskau wird Krasin im Besitze der Sowetdelegation nach Genue reisen. Wie der „Dz.“ berichtet, hat Krasin ferner in London Verhandlungen mit Lloyd George geführt. Die Verhandlungen haben sich auf die Bildung eines internationalen Syndikats zum Wiederaufbau Sowjetrußlands bezogen. In Sowjetkreisen steht man einem solchen Syndikat ablehnend gegenüber, aus Besorgnis, daß die Bildung eines übermächtigen Syndikats zu einer wirtschaftlichen und politischen Fessel für Sowjetrußland werden könne. In London haben Krasins Bemühungen Sicherheiten in dieser Richtung zu erlangen, weilentschieden Entgegenkommen gefunden. Im Verlaufe dieser Verhandlungen wird Krasin in Berlin Konferenzen mit deutschen Politikern und Finanzleuten abhalten, die unter Beteiligung des Direktors der Sowjetstaatsbank und des Chefs der Sowjet-Handelsmission stattfinden sollen. Gleichzeitig mit Krasin tritt der Vorsitzende des Allrussischen Zentralgenossenschaftsverbandes wieder in Berlin ein.

Sowjetrußland.

Lenins Krankheit.

Moskau, 17. Februar. In der Stadt sind Gerüchte von einer Erkrankung Lenins im Umlauf. Er soll gänzlich erköpft und arbeitsunfähig sein. Es wird erzählt, Lenin sei übermüdet, daß in der letzten Zeit schwere nicht wieder gut zu machende Fehler gemacht worden seien und zwar sowohl hinsichtlich der Außenpolitik als auch in der kommunistischen Politik. Lenin hat sich kürzlich von der Führung der Geschäfte des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare gänzlich zurückgezogen.

Das Hungerelend auf der Höhe.

Moskau, 16. Februar. Aus Saratow wird berichtet, daß die Hungerkatastrophe dort die Höhe erreicht habe. Nicht nur alle Vorräte, sondern alle Tiere, einschließlich der Ratten, wurden schon verbraucht und ausgegraben. Es werden sogar Kinder getötet und zur Nahrung gebrütet. Unübersehbare und Morde haben einen so hohen Umfang angenommen, daß man alle gerichtlichen Verordnungen eingestellt hat.

Politische Tagesneuigkeiten.

Die Eröffnung des internationalen Gerichtshofes im Haag. Am Mittwoch mittag hat im großen Gerichtssaal des Friedenspalastes die Eröffnungssitzung stattgefunden. Die Mitglieder des Gerichtshofes haben folgende feierliche Erklärung abgegeben: Ich erkläre, daß ich alle meine Verpflichtungen und Befugnisse als Richter meiner Ehre gemäß und in voller Kraft ausüben werde mit vollkommener Unparteilichkeit und nach meinem besten Gewissen.

Eine Geistesarbeiterpartei in der Pariser Kammer. In der französischen Kammer hat sich eine parlamentarische Gruppe zur Vertretung der Interessen der geistigen Arbeiter gebildet.

Anschlag auf Millerand. Die „Action française“ teilt mit, daß sich gestern Abend ein Gerücht über einen verübten Anschlag auf Millerand verbreitet hatte. Die Polizei erhielt die Nachricht, daß sich in einem der Wagen der Teilnehmer an der in Traas kommenden Theateraufführung eine Bombe befände, welche der Attentäter während der Vorstellung auf Millerand werfen wollte. Eine sofort durchgeführte Untersuchung verlief ohne Erfolg. Erst einige Stunden später fand man in einer der dem Elise-Palast anliegenden Straßen eine Bombe, welche der Attentäter wahrscheinlich fortgeworfen hatte, weil er sich verraten sah.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Arbeitsersch. 1918 durch Greiner & Comp., Berlin B. 30.)
(61. Fortsetzung.)
Nachdruck untersagt.
„Ich be reise nicht, wo sie sein kann? Es ist schon Nacht!“ — er hiet laufend inne denn draußen war die Flurtür gegangen und jemand näherte sich dem Wohnzimmer.
Es war der Knecht Egid Lufner. Sein Gesicht sah seltsam erregt aus.
„Herr,“ sagte er, ich soll Ihnen eine Botschaft von Marei bringen.“
„Sie wissen, wo sie ist? Sie haben sie gesehen?“
„Ja Und meiner Frau, es war seltsam. Ich war gerade auf dem Heimweg vom Wirtshaus, da packt jemand plötzlich meinen Arm und zischt mir ins Ohr: „Lufner — der Mann dort vorne — sehen Sie ihn gut an — dann er darf gewesen sein? Sie sind ihm ja damals begegnet — dem Mörder — in der Nacht als man den Großvater umbrachte!“ Ich war anfangs ganz verwirrt. Hab's auch gar nicht gemerkt, daß es unsere Marei war die zu mir redete. Erst später, als wir an eine Laterne kamen habe ich sie erkannt.“
„Marei! Unsere Marei?“ rief Toni ungläubig. Aber Basil, von seltsamer Spannung ergriffen, drängte: „Und der Mann, Lufner? Haben Sie ihn gesehen können?“
„Ja, Herr. Marei zog mich ja voll fest hinter ihm her, denn er aing sehr reich, als triebe Arger oder Unruhe ihn vorwärts. Und er war es, Herr! Soweit man einen Menschen in der Dunkelheit nur der Gestalt nach erkennen kann, war er es! Derjelbe, den ich in der Mordnacht gesehen habe. Wie damals trug er einen langen dunklen Wermantel und den weichen Filzhut tief in die Stirn gedrückt. Mir lief's ordentlich kalt über den Rücken, als ich ihn so vor mir sah.“
„Aber, wer ist es?“ stammelte Basil erregt. „Sie sind ihm doch vor eilt — haben ihm ins Gesicht geschaut?“
„Das wollte ich. Aber die Marei ließ es nicht zu. Wie eine Klette hängt sie sich plötzlich an meinen Arm, als ich jag.“

ich möchte doch wissen, wer's ist. „Nicht, nicht!“ flüsterte sie „um keinen Preis — es würde ihn stutzig machen. Und — ich weiß ja, wer es ist!“
„Sie weiß es, Marei?“
„Es muß wohl so sein, denn sie sagt's. Sie hat mich dann gezwungen umzukehren, und befahl mir, nach Hause zu gehen und keinem Menschen außer Ihnen zu verraten, was geschehen ist. Ich sollte Ihnen noch auerichten, sie möchten nicht besorgt um sie sein und nicht auf sie warten, wenn sie auch spät heimkäme.“
„Aber, wo ist sie denn jetzt?“
„Das jagte sie mir nicht. Aber als ich mich dann noch einmal nach ihr umschaute, sah ich, daß sie ins Hotel zur „Sonne“ hineinging.“
Allein geblieben, sahen Basil und Toni einander bestürzt an.
„Was soll das alles nur bedeuten?“ murmelte Basil endlich.
„Vor allem dies, daß Marei offenbar geradeso wie Du, heimlich nach dem Mörder fahndest!“
„Und sie hat mehr Glück dabei! Sie hat ihn gesehen! Aber wie fand Sie eine Spur? Wer kann es sein?“ Und was tut sie so spät abends noch in der „Sonne“?“
„Das sind Fragen, die nur Marei selbst uns beantworten kann. Warten wir, bis sie heimkommt. Hoffentlich entspringt ihr Tun nicht nur einer fixen Idee.“

XXIV.

Tonis Befürchtung schien gerechtfertigt. Wer Mareis flackernden Blick ihre bleichen Züge ansah, der konnte wohl zu der Annahme kommen, es mit einem verwirrten Geist zu tun zu haben.
Dazu kam ihre völlige Verschlossenheit allen Fragen Basils und Tonis gegenüber.
Ja, sie glaube, dem Mörder auf der Spur zu sein. Sie wisse, wer der Mann ist, den sie Lufner zeigte, aber sie werde es um keinen Preis verraten ehe sie nicht volle Beweise für seine Schuld besitze und sicher sei, daß er sich der Gerechtigkeit nicht mehr zu entziehen vermöge. Ihre ganze Kraft verwende

sie seit einer Woche auf diese Aufgabe, und nichts werde sie verhindern, sie zu Ende zu führen.
Das war alles, was man aus ihr herausbekommen konnte. Und doch machte ihr entschlossenes Weichen neben aller Verführtheit einen so tiefen Eindruck auf Basil, daß er sich nicht nur entschloß, Marei vorläufig freie Hand zu lassen, sondern ihr auch seine Entdeckung in bezug auf den geheimen Knopf mitteilte.
„Hier ist er,“ sagte er, die Schachtel mit dem Zweig, an dem sich der Knopf befand, in ihre Hände legend. „Wenn Du den Mann kennst, wird es Dir vielleicht auch gelingen festzustellen, ob er einen Mantel besitzt, an dem ein Knopf samt einem Stück Zeug fehlt.“
Mareis Augen leuchteten auf, als sie das Schächtelchen in Empfang nahm.
„Ich danke Dir Basil! Ich danke Dir! Ja, ich werde es herausbringen. Ich laube der Liebe Gott selbst hilft mir, indem er Dich diesen Fund machen ließ!“
Schon im Begriff, die Stube zu verlassen wandte sie sich noch einmal um.
„Ich habe Frau Kreibitz heute versprochen, ihr auszuheilen, bis sie eine neue Kellnerin gefunden hat,“ sagte sie obenhin. „Morgen früh trete ich meinen neuen Posten in der „Sonne“ an.“
„Du — als Kellnerin?“ Basil starrte sie in grenzenloser Verblüffung an. Des Himmels Einsturz hätte ihn kaum mehr überrascht als die Vorstellung, daß die schüchterne Marei sich als Kellnerin verdingt habe.
„Seit wann kennst Du denn Frau Kreibitz überhaupt?“

(Fortsetzung folgt.)

Konzerte.

Einen klassischen Sinfonieabend gab am Montag im Vereinshausaal Herr Döschel mit einem Kammerorchester, das sich aus etwa 30 Mitgliedern seines Theaterorchesters zusammensetzte. Der Abend begann mit der in diesem Winter schon einmal gespielten Bauteinsinfonie von Haydn und brachte dann Mozarts „Kleine Nachtmusik“ und Beethovens erste Sinfonie, — also gewissermaßen drei Werke des Abschlusses der vorheftromantischen Ent-

